

Schröder: Es wird eine große Koalition geben



Schröder glaubt an die große Koalition - aber er dabei sein wird?

Berlin (dpa)

Bundeskanzler Gerhard Schröder hat die Bildung einer großen Koalition als Ziel der Regierungsbildung bezeichnet. Auf dem Europaforum des Westdeutschen Rundfunks sagte er am Dienstag in Straßburg, die Regierungsbildung werde nicht wie in den Niederlanden oder Österreich viele Monate in Anspruch nehmen, aber sie werde Zeit brauchen. Über seine eigene Rolle oder die Rolle in der SPD in einem Bündnis mit der Union sagte Schröder nichts. Der Kanzler hielt auf dem Forum die Rede zum Thema «Europa am Wendepunkt». Abweichend vom Manuskript fügte er ein, dass das Wahlergebnis in Deutschland nicht den Erwartungen in Brüssel entsprochen habe. Der deutsche Wähler habe einen eigenen Kopf und sei «noch nicht eingestellt, Wahlempfehlungen der EU-Kommission zu realisieren». Dennoch werde Deutschland eine stabile und handlungsfähige Regierung bilden. Als «Unsinn» wies Schröder die Interpretation des Wahlergebnisses im Ausland zurück, wonach sich die Deutschen gegen Reformen entschieden hätten. Tatsächlich habe sich eine breite Mehrheit «für eine Fortführung und die Präzisierung» des Reformprozesses eingesetzt, für den der Begriff Agenda 2010 stehe. Diejenigen, die für Veränderungsunwilligkeit und für die Zerschlagung des deutschen Sozialmodells stünden, hätten weniger als zehn Prozent der Stimmen erhalten.

Der Konvent für Deutschland, ein Beratergremium unter Vorsitz von Alt- Bundespräsident Roman Herzog, spricht sich für eine große Koalition aus. «Große Koalitionen bergen zwar immer das Risiko lähmender Pattsituationen, sie bieten aber auch die Chance zur Durchsetzung notwendig gewordener Strukturentscheidungen», teilte der Konvent am Dienstag in Berlin mit.

Eine große Koalition könne Aufgaben lösen, die im «normalen Gegenüber von Regierung und Opposition nur sehr viel schwerer oder kaum gelöst werden können», hieß es. Herausragend wichtig sei eine Neuordnung der politischen Entscheidungssysteme vor allem in vier Punkten. Ein handlungsfähiger Föderalismus müsse wiederhergestellt und die Finanzverfassung entsprechend entflochten werden.

Dazu kämen eine langfristige Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme und eine Stärkung der Wähler bei der Auswahl der Wahlkreiskandidaten. Der Konvent für Deutschland versteht sich als überparteiliches und unabhängiges Beratergremium für die Politik. Ihm gehören neben Herzog unter anderem die SPD- und FDP-Politiker Klaus von Dohnanyi und Otto Graf Lambsdorff, die frühere Präsidentin des Bundesverfassungsgerichts, Jutta Limbach, der Unternehmensberater Roland Berger und der frühere Industrie-Präsident Hans-Olaf Henkel an.

Der bayerische CSU-Landtagsfraktionschef Joachim Herrmann hat vor einer großen Koalition einen förmlichen Parteitagebeschluss der CSU gefordert. Falls die Gespräche mit der SPD zu einem Ergebnis führten, sollte die Koalitionsfrage bei einem kleinen Parteitag der CSU ausführlich diskutiert und förmlich beschlossen werden, sagte Herrmann am Mittwoch in München. Die CSU habe vor der Wahl etwas anderes erklärt. Deshalb müsse eine so grundsätzliche Frage innerparteilich ausführlich erörtert werden.

Der schleswig-holsteinische Ministerpräsident Peter Harry Carstensen (CDU) hat die SPD aufgefordert, den Führungsanspruch der Union als stärkste Kraft im Bundestag anzuerkennen. «CDU/CSU mit Angela Merkel an der Spitze haben von den Wählerinnen und Wählern den Auftrag erhalten, die nächste Bundesregierung zu führen», sagte Carstensen am Dienstag der Deutschen Presse-Agentur (dpa) in Kiel im Hinblick auf eine mögliche große Koalition. «Angela Merkel muss Bundeskanzlerin werden.» Die Bildung eines Regierungsbündnisses aus CDU und SPD könne auch in Berlin funktionieren, wenn alle dahinter stünden, sagte Carstensen, der im nördlichsten Bundesland seit fünf Monaten eine große Koalition führt. «Die SPD muss wirklich ehrlich eine große Koalition wollen und dies in den weiteren notwendigen Sondierungsgesprächen auch glaubhaft machen.» Der Erfolg der Gespräche hänge aus seiner Sicht ganz wesentlich von einem offenen und ehrlichen Umgang beider Partner miteinander ab. Dabei müssten alle Probleme ohne Wenn und Aber auf den Tisch gelegt werden. «Angesichts von fünf Millionen Arbeitslosen hat Deutschland keine Zeit zu verlieren», sagte Carstensen.